

zeitschrift zur kritik der globalen ökonomie

21

lunapark



banknix – grexit

H. Hofbauer Baltimore: Soziale Explosion nach Niedergang // **W. Rügemeier** Freihandel & Krieg // **G. Burckhardt** Edle Labels & billige Mode: Mörderisches Shoppen // **T. Akhter** Fotos aus Bangladesch *Fast cloth* // **C. Laskos** • **E. Tsakalotos** • **S. Gerhardt** • **W. Wolf** *Spezial* Griechenland nach dem Referendum // **H. Paulitz** Ukraine-Krieg: Kriegstreiber Energiekonzerne? // **A. Komlosy** „Das Ende der Megamaschine“ // **T. Kuczynski** Religionskriege?



D 5,90 EURO • A 5,90 EURO • CH 8,90 CHF • BENELUX 6,20 EURO // HEFT 30 ► SOMMER 2015

Der Aufstand der Landarbeiter im Tal von San Quintín

Arbeitskampf für menschenwürdige Lebensbedingungen im Norden Mexikos



20

Gerold Schmidt

Es ist eine idyllische Beschreibung auf der Webseite des Hotels *Mission Inn* in der Kleinstadt San Quintín: „Das Tal, heute mehr eine Ebene als ein Tal, befindet sich inmitten einer Reihe von sieben erloschenen Vulkankegeln [...] Direkt neben dem Strandufer und der Bergkette von San Miguel im Osten. Zwei kleine Flüsse [...] nähren ein Bewässerungssystem, welches das Tal in ein bedeutendes Zentrum für den Gemüseanbau verwandelt. Viele aus Oaxaca und Chiapas stammende Personen arbeiten auf diesen Pflanzungen und leben in der Umgebung von San Quintín.“

Man kann diese Beschreibung noch etwas ausführen. Nach dem letzten Zensus von 2010 lebten in San Quintín, Teil des weitläufigen Landkreises Ensenada im nördlichen mexikanischen Bundesstaat Baja California (Niederkalifornien), etwas mehr als 5000 Menschen. Heute dürfte diese Zahl einschließlich der Hotelgäste des *Mission Inn* deutlich höher liegen. Doch weitaus bevölkerter sind die Vororte und die großen Farmen in der Umgebung. Dort leben oder besser gesagt hausen mehrere zehntausend Landarbeiter mit ihren Familien unter vielfach menschenunwürdigen Bedingungen. Oft zusammengepfercht in den „Galeeren“, den langgezogenen Baracken auf den Pflanzungen. Zu Hungerlöhnen von 70 bis 130 Pesos (vier bis siebeneinhalb Euro) pro Tag auf den Feldern eingesetzt. Ständig mit Pestiziden in Kontakt,

mit denen der Obst- und Gemüseanbau besprüht wird. Mehrheitlich ohne durchsetzbares Recht auf Urlaub, nicht einmal auf einen Ruhetag. Sozialversicherung, Gesundheits- und Wasserversorgung sind für die meisten ein Fremdwort. Dagegen gibt es eine Garantie auf illegale Kinderarbeit, unbezahlte Überstunden und sexuelle Übergriffe gegen die Frauen durch die Vorarbeiter.

Zum Teil sind die Landarbeiter im Tal von San Quintín sogar in Gewerkschaften eingeschrieben. Doch viele von ihnen dürften das nicht einmal wissen. Denn es sind die unternehmer- und regierungsfreundlichen Dachverbände wie der CTM (Arbeiterbund Mexikos) und der CROC (Revolutionärer Arbeiter- und Bauernbund), die sogenannte Schutzverträge mit den Arbeitgebern abschließen. Schutzverträge, weil sie die Unternehmer vor bösen Überraschungen schützen. Die eingeschriebenen Gewerkschaftsmitglieder wissen in der Regel weder, wer sie da vertritt, noch was in den Verträgen über Lohn- und Arbeitsbedingungen steht. Der Journalist Luis Hernández schreibt: „Hier pressen sie die Tagelöhner aus wie Apfelsinen, denen der Saft entzogen wird, bis sie nur noch Schale sind.“

Nach Zeitungsberichten aus Baja California kontrollieren etwa zwölf bis 15 Unternehmerfamilien und einige multinationale Konzerne das Agrobusiness im Bundesstaat und die Export-Enklave von San Quintín. Die Unternehmerfamilien entsenden ihre Mitglieder in die lokalen Regierungsbehörden. Ein Beispiel ist Manuel Valladolid,

Minister für Landwirtschaftsförderung in Baja California. Auch der Gouverneur Francisco Vega de Lamadrid gilt als eng mit der Agrarlobby verbandelt.

Interessiert hat all das in der Vergangenheit so gut wie niemanden. Bis zur Nacht vom 17. auf den 18. März dieses Jahres. Da blockierten völlig überraschend tausende von Landarbeitern auf einer Länge von über 100 Kilometern die Fernverkehrsstraße, die die Halbinsel von Baja California durchquert. Ankündigt wurde ein unbefristeter Streik. Die Forderungen: Erhöhung des Tagesgrundlohnes auf 300 Pesos sowie entscheidende Verbesserungen der allgemeinen Lebensbedingungen. Der Zeitpunkt war strategisch gewählt. Im März beginnt im Tal von San Quintín unter anderem die Erdbeer- und Tomatenernte. Es handelt sich um zwei der rentabelsten Exportprodukte.

Die Streikenden gehörten dem Bündnis der Organisationen für Soziale Gerechtigkeit an. Kaum bemerkt von der Öffentlichkeit schaffte es diese Allianz in den vergangenen Jahren, einen bedeutenden Teil der Landarbeiter in San Quintín zu organisieren. Unter anderem stützte sie sich dabei auf die überkommenen solidarischen Gemeindestrukturen indigener Migranten aus anderen Bundesstaaten. Viele von diesen kamen auf der Suche nach Arbeit Ende der 1990er Jahre nach Baja California. Einige schafften es, den besonders bedrückenden Lebensumständen in den „Galeeren“ zu entfliehen und prekäre Siedlungen zu errichten. Die Gemeinschaften mit ihren jeweiligen lokalen Führungspersonlichkeiten bil-



Foto: lanuevarepublica.org



Bild: Eigenwerbung www.wholefoodsmarket.com



Foto: yosoy132londres.wordpress.com

den das Rückgrat der aufbegehrenden Bewegung. Monatlang wurde vergeblich versucht, mit dem seit Ende 2013 amtierenden konservativen Gouverneur über die elende Situation der Landarbeiter zu diskutieren. Im März war das Maß voll. „Wir wollten uns und unsere Stärke zeigen“, so Fidel Sánchez, einer der sichtbarsten Sprecher der Bewegung.

Landes- und Bundesregierung reagierten auf den massiven Protest zunächst mit einem massiven Polizeieinsatz. Das schloss den Gebrauch von Gummigeschossen und Tränengas sowie die Verhaftung von ursprünglich mehr als 200 Personen ein. Dennoch konnte die Straßenblockade mehr als einen Tag aufrecht erhalten werden. Plötzlich war die Landarbeiterfrage in den Medien präsent. Land und Bund sahen sich gezwungen, mit dem Bündnis zu verhandeln. Gouverneur Vega de

Lamadrid beeilte sich, die Forderungen als „undurchführbar“ abzutun. Zehn bis maximal 15 Prozent Lohnerhöhung, so gaben die Unternehmer in den Folgetagen zu verstehen, seien vorstellbar.

In einem monatelangen Kräftemessen wandten die Regierungsvertreter ihre bewährten Strategien an: Ohne nähere Benennung wurden „externe“ Akteure für die Gefährdung des „sozialen Friedens“ in Baja California verantwortlich gemacht. Man bestellte die Landarbeiterdelegation in die gut 200 Kilometer vom Ort San Quintín entfernte Stadt Ensenada. Die Delegation zeigte Muskeln: Etwa 4000 Landarbeiter begleiteten ihre Sprecher, eine erhebliche organisatorische Leistung.

Das Bündnis setzte von Anfang an auch auf die Unterstützung von außen. Seine Forderungen sind bis heute mit der Androhung eines Exportboykotts verbunden. In diesem Zusammenhang

sind Solidarität und Kontakte über die niederkalifornische Grenze hinweg wichtig. Gute Beziehungen bestehen beispielsweise zum Indigenen Bündnis Binationaler Organisationen (Fiob), das im US-amerikanischen Kalifornien gut organisiert ist. Es gab Proteste gegen „blutige Erdbeeren“ vor den US-Supermärkten von Whole Foods, der Erdbeeren aus dem Tal von San Quintín anbietet. Eine ähnliche Aktion in den USA betraf die Kette El Súper. Sie wird von dem mexikanischen Konsortium Grupo Comercial Chedraui kontrolliert. Walmart und Costco wurden als potentielle Kandidaten für eine Boykott-Kampagne genannt. Inzwischen erklärte sich der US-Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO mit den Landarbeitern von San Quintín solidarisch. Das Bündnis der Organisationen für Soziale Gerechtigkeit zog in einer Karawane durch Baja California. Organisationen in anderen

Bundesstaaten wurden besucht. Unter anderem kamen die Landarbeiter mit den Yaquis zusammen, die seit über zwei Jahren im Bundesstaat Sonora für ihre Wasserrechte kämpfen. Sie trafen sich mit den Familienangehörigen der 43 verschwundenen Studenten von Ayotzinapa aus dem Bundesstaat Guerrero. In Mexiko-Stadt warben sie auch unter Parlamentsabgeordneten für ihre Sache.

Am 9. Mai kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen örtlichen Polizeikräften und Landarbeitern. Vorwand für den erneuten massiven Polizeieinsatz, der auch Hausdurchsuchungen in der Siedlung Nuevo San Juan Copala einschloss, war der Hilferuf eines Farmbesitzers, dessen Feld angeblich in Brand gesteckt werden sollte. Bei den Auseinandersetzungen wurden mindestens 70 Landarbeiter verletzt, mehrere schwer.

Wegen der Schäden an einer Polizeipatrouille, einem gepanzerten Fahrzeug und der Verletzung von zwei Polizisten setzte ein Gericht die Kaution für vier verhaftete Landarbeiter auf insgesamt 24 Millionen Pesos (gut 14 Millionen Euro) fest. Dafür müsste ein Land-

arbeiter bei den bisher gezahlten Löhnen etwa 150 Jahre arbeiten, rechnet nicht nur Fidel Sánchez vom Bündnis vor. Selbst viele bürgerliche Medien wiesen süffisant auf einen anderen zeitnahen Fall hin: Im April wurde Rodrigo Vallejo, der Sohn des ehemaligen Gouverneurs des Bundesstaates Michoacán, verhaftet. Zahlreiche Indizien bringen ihn mit einem Drogenkartell in Verbindung. Doch Vallejo Junior kam gegen die Zahlung einer Kaution von 7000 Pesos umgehend wieder frei.

Die Konfrontation zeigte aber auch den ungebrochenen Widerstandswillen der Landarbeiter. Dies dürfte die wenige Tage darauf zustande gekommene vorläufige Einigung mit Land und Bund beschleunigt haben. Vom ursprünglich angestrebten Grundlohn von 300 Pesos pro Tag sind die Vereinbarungen allerdings weit entfernt. Die Agrarunternehmen sollen nun gestaffelt nach ihrer Leistungskraft einen Tageslohn von 150, 165 oder 180 Pesos sowie bessere Tarife bei Akkordarbeiten zahlen. Dazu eine Art Weihnachtsgeld, das zwei Wochen Arbeit entspricht. Die Differenz zum zuletzt vom Bündnis geforderten Grundlohn von 200 Pesos soll der Staat übernehmen. Ein feines Geschäft für die Unternehmer. Dennoch haben diese bisher nicht einmal ausdrücklich zugesichert, die Vereinbarungen zu übernehmen. Auch ansonsten ist es vor allem der Staat, der sich auf dem Papier zu Leistungen und Garantien verpflichtet. So sichert er dem Bündnis der Organisationen für Soziale Gerechtigkeit zu, sich als Gewerkschaft konstituieren zu können. Die Landarbeiter sollen ohne eigene Beiträge der Sozialversicherung beitreten können. Ein Treuhandfonds soll die Infrastruktur unter anderem im Gesundheits- und Bildungssektor in der Region entwickeln. Die Bedingungen für die Arbeit und Unterkunft sowie das Verbot der Kinderarbeit sollen besser kontrolliert werden. Völlig unklar ist noch, wie viele Landarbeiter im Tal von San Quintín tatsächlich von den Vereinbarungen begünstigt werden.

Die Einigung führte auch zur Freilassung der vier verhafteten Landarbeiter – nach einer von 24 Millionen auf 17000 Pesos heruntergesetzte Kaution.

Allerdings befanden sich Ende Juni immer noch 14 der bei den Straßenblockaden im März verhafteten Personen im Gefängnis. Das Mai-Abkommen ist brüchig. Das Bündnis wirft den Regierungsstellen vor, seit dem Abschluss der Vereinbarungen weitgehend untätig geblieben zu sein. Im Juli sollen sich die Verhandlungskommissionen erneut zusammensetzen, um die Umsetzung der Absprachen anzugehen.

Angesichts des noch unsicheren Ausgangs des Arbeitskampfes will das Bündnis der Organisationen für Soziale Gerechtigkeit weiter offensiv agieren. Sprecher Fidel Sánchez sagt: „Wir werden nicht noch einmal auf die Knie fallen.“ Die Bewegung sei „auf mehr aus. Sie wird wachsen, sich nicht zufrieden geben mit Lohnergebnissen. Es geht um die Gewerkschaft und ein Bündnis mit den Landarbeitern anderer Bundesstaaten.“ Da ein Großteil der Landarbeiter indigenen Ursprungs ist, wird eine noch stärkere landesweite Vernetzung mit den indigenen Völkern in ihren Ursprungsregionen angestrebt. Denn die Bewegung geht davon aus, dass die Unternehmer jetzt nach dem Prinzip von „teile und herrsche“ vorgehen werden. Die Agrarindustrie hat Angst vor dem Gespenst, das weiter umgehen könnte. Bereits vor Monaten warnte ein Vertreter der großen Gemüseanbauer im Bundesstaat Sinaloa mit Verweis auf San Quintín vor dem „Virus“, der sich woanders ausbreiten könne. Der Bundesregierung wird es ebenfalls ein Dorn im Auge sein, dass sich ein lokaler Arbeits- und Lohnkampf so schnell zu einem landesweit sichtbaren Gesellschaftskonflikt ausweitete.

Es mag Ausdruck eines übertriebenen Optimismus sein, wenn einige ein „völlig neues Klassenbewusstsein“ unter den Landarbeitern im Tal von San Quintín ausmachen. Zweifellos aber haben die Sprecher der Bewegung eine realistische Einschätzung der Lage. Fidel Sánchez: „Wir haben den Krieg nicht verloren. Und wir werden noch viele Schlachten schlagen.“

Gerold Schmidt, seit 21 Jahren ein Wanderer zwischen mexikanischen und deutschen Welten, arbeitet mit dem Studienzentrum für den Wandel im Mexikanischen Landbau (Ceccam) in Mexiko-Stadt zusammen.

Landwirtschaftliche Exportökonomie im Tal von San Quintín

Die Regierung des Bundesstaates beschreibt die Region als eine der „dynamischsten in Baja California und Mexiko“. Das günstige Klima und die hochtechnologisierte Bewässerungswirtschaft ermöglichen auf zehntausenden von Hektar den Anbau von Erdbeeren, Brombeeren, Kirschen, Tomaten, Gurken, Zwiebeln, Hülsenfrüchten. Lokale Vermarktung und Export bringen es pro Jahr auf Einnahmen in Höhe von gut 6 Milliarden Pesos (ca. 359 Millionen Euro). Eine Vorstellung zu den Gewinnspannen gibt das Beispiel von einer Kiste Erdbeeren. Bei Akkordarbeit erhielten die Pflücker bisher zehn bis zwölf Pesos (60 bis 70 Cents) pro Kiste. Dieselbe Kiste wird im lokalen Verkauf für 80 Pesos (knapp 5 Euro) angeboten. In den USA wird ein Vielfaches dieses Preises erzielt.